

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Grundsätzliche Erklärung zum Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und "den Grünen". Seite 1

Jürgen Schmude MdB, Bundesjustizminister: Bekräftigt die Waffengleichheit vor dem Strafrichter bleibt bestehen. Seite 4

Horst Haase MdB erläutert eine Initiative zur Verbesserung der Lebenssituation von US-Soldaten: Gegen Diskriminierung. Seite 5

Dokumentation

Brief Herbert Wehners an die SPD-Bundestagsfraktion: Offensiv gegen die Sonthofen-Strategie vorgehen. Seite 7

37. Jahrgang / 128

9. Juli 1982

Grundsätzliche Erklärung

Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und "den Grünen"

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die öffentliche Diskussion über den Umgang mit neuen Listen und grünen Parteien zeigt: Politische Konkurrenten möchten der SPD erstens eine Schelle umhängen und zweitens sie manövrierunfähig machen. Bezeichnend dafür ist Herrn Kohls unverhohlene Rechnung, daß diese "vierte Partei" - anders als die, die seinerzeit die CDU aus Bayern bedrohte - einseitig zu Lasten der SPD gehen werde, was einen künftigen Erfolg der Union auch im Bund gleichsam vorprogrammiere.

Es gibt nach meiner Überzeugung in unserem Land nach wie vor eine Mehrheit, die keinen Rechtskurs will: Eine Mehrheit gegen Rüstungswahnsinn und für aktive Friedenssicherung, gegen Ellbogengesinnung und für mehr Gerechtigkeit durch eine soziale Reformpolitik. Doch die tatsächlich vorhandene Mehrheit kann nicht zum Tragen kommen, wenn sich junge Wähler weiterhin in großer Zahl "aus Protest" der praktischen Politik verweigern wollen.

Deshalb muß für uns Sozialdemokraten klar bleiben, worüber wir uns auf unserem Münchener Parteitag Ende April verständigten: Grüne, bunte oder alternative Parteien und Listen sind schon deshalb unsere Gegner, weil sie im Endeffekt - was immer sie sonst wollen mögen - einen CDU/CSU-Staat fördern würden. Nichts anderes habe ich am 3. Juli im Münchner Presseclub gesagt, allerdings aus guten Gründen Festlegungen abgelehnt, die der eigenen Partei Fesseln anlegen und anderen alle Optionen offenlassen würden.

Hieran möchte ich angesichts der aktuellen Diskussion einige Feststellungen anschließen:

1. Eine Koalitionsfrage mit neuen Parteien oder Listen stellt sich für die SPD nicht. Weder im Bund - da gibt es noch gar nicht die grüne Partei - noch in den Ländern kann man die Grünen/Alternativen derzeit als Partner ansehen. Wie beispielsweise ihre Haltung zum imperativen Mandat ausweist, haben sie zur parlamentarischen Demo-



kratie weiterhin noch kein klares Verhältnis gefunden. Wo immer die besonders unter den Berliner Alternativen in Gang gekommene Diskussion zu einer eindeutigen Absage an Gewaltanwendung führt, kann dies nur begrüßt werden.

2. Der Respekt vor einer demokratischen Wahl und vor den Wählern gebietet, daß keine Gruppierung von vornherein ausgegrenzt wird, die beachtliche Zustimmung bei den Wählern gefunden hat. An solchen auch taktisch begründeten Versuchen aus dem konservativen Lager wird sich die SPD nicht beteiligen.
3. Es besteht sogar eine demokratische Pflicht, den Parlamentarismus funktionsfähig und das Land regierbar zu erhalten. Daran müssen sich auf dem Boden der Verfassung alle demokratischen Kräfte beteiligen können.

An diesem Grundsatz orientiert sich die Hamburger SPD, wenn sie zwar respektiert, daß die CDU in der Bürgerschaft einen Sitz mehr erlangte, aber auch die Konsequenz daraus zieht, daß der CDU-Kandidat nicht in der Lage war, eine Mehrheit für die Wahl eines neuen Senats zu finden. Die Hamburger Verfassung sieht vor, daß der Senat in einer Situation wie der jetzt gegebenen im Amt bleibt. Es ist nicht nur verständlich, sondern auch geboten, daß sich der Senat mit dem Ersten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi an der Spitze Klarheit darüber verschafft, wie die dritte Fraktion der Hamburger Bürgerschaft sich zu verhalten gedenkt.

Es ist eine verwunderliche Logik, die den Sozialdemokraten - so schon in Berlin - zumutet, sich als Mehrheitsbeschaffer für CDU-Kandidaten zu betätigen und daran mitzuwirken, daß ganze Gruppen von Abgeordneten willkürlich eingestuft werden, als handele es sich um Feinde des demokratischen Staates.

4. Die SPD denkt nicht daran, vernünftige Forderungen nur deshalb abzulehnen, weil sie auch von Grünen oder Alternativen vorgebracht werden. Entscheidend wird sein, daß wir Sozialdemokraten wichtige Anstöße, die aus der Friedensbewegung, von ökologischen Gruppen oder aus Fraueninitiativen kommen, selbst aufnehmen und überzeugenden Antworten zuzuführen versuchen.

In München habe ich dies so umschrieben: Wir haben keinen Grund, uns abzuschotten, sondern alle Veranlassung, für uns zu gewinnen (oder zurückzugewinnen), wer für positive gesellschaftliche Veränderungen in der Demokratie streitet.

5. Unter den Grünen/Alternativen finden sich Interessengruppen, die sehr widersprüchliche Ziele verfolgen:
 - einerseits werden sehr moralische Positionen eingenommen;
 - andererseits hört man aus ihren Reihen - beispielsweise in Bremen - deutlich rückschrittliche und - wie in Hessen - antigewerkschaftliche Töne, die einem elitären und damit unzureichend demokratisches Gesellschaftsverständnis entsprechen.

Ich halte es für immerhin bemerkenswert, daß sich Ministerpräsident Holger Börner den gleichermaßen ungerechtfertigten Angriffen der CDU, der FDP und der Grünen ausgesetzt sieht.

6. Für Sozialdemokraten ist hingegen klar, daß bei den in der Gesellschaft auftretenden Interessenkonflikten, wie Volker Hauff kürzlich als Vorsitzender unserer Kommission für Umweltfragen und Ökologie schrieb, Macht- und Verteilungsfragen eine wesentliche Rolle spielen. Auch ökologische Ziele können nur von einer politischen Kraft verwirklicht werden, die - wie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften - das weiterbestehende Interesse der Bevölkerungsmehrheit an gesicherten Arbeitsplätzen und Einkommen und an sozialer Sicherheit repräsentiert. Ich warne erneut vor einer falschen Wahl - als ob wir uns zwischen Arbeitnehmern und besorgten jungen Menschen zu entscheiden hätten.



7. Die SPD hält wirtschaftliches Wachstum für unerlässlich. Sie stellt sich aber auch der Frage, daß bestimmte Wachstumswirkungen und natürlichen Existenzgrundlagen der Menschen gefährdet haben und weiterhin gefährden können. Die unnötige Zerstörung unserer Lebensgrundlagen kann niemand wollen. Deshalb kommt es darauf an, die industrielle Dynamik für eine lebenswerte Umwelt - in Betrieben, in Wohngebieten wie in der Landwirtschaft - im Interesse der Menschen unter Kontrolle zu halten und damit unzweifelhaft verbundenen Konflikte lösbar zu machen.
8. Bisher sind die Grünen/Alternativen - zwar meistens nicht subjektiv, wohl aber objektiv - Mehrheitsbeschaffer für die Union gewesen. Besonders drastisch ist dies bei der Landtagswahl 1979 in Schleswig-Holstein zutage getreten, als sie mit einigen hundert Stimmen einen Wahlsieg Klaus Matthiesens verhinderten. Das zeigt: Wenn grüne Wähler auch etwas anderes wollten, im Endeffekt hat man sie das Gegenteil bewirken lassen. Wer verlässliche Reform- und Friedenspolitik will, muß die Sozialdemokratie stark machen. Das gilt vor allem:
- für die Friedenspolitik, denn zum Friedenswillen muß die Fähigkeit hinzukommen, diese unter Wahrung unserer Interessen (Aktuelles Beispiel: das Erdgas-Röhrengeschäft) in praktische Politik umzusetzen;
 - für die Ökologie, die verdammt wichtig ist, aber ohne ein industriepolitisches Konzept wirkungslos bleibt;
 - für den Abbau von Überbürokratisierung, wenn damit nicht bewirkt wird, daß neue Vorrechte geschaffen werden.

Auf dem Münchner Parteitag habe ich gesagt, daß es uns darauf ankommen muß, Mehrheiten für eine Politik zu gewinnen, die den Interessen und Wünschen der breiten Schichten entspricht. Es gilt, Stimmen wieder zu gewinnen und neue hinzu zu gewinnen. Dazu muß man das Bündnis bestätigen und erneuern, das im Godesberger Programm angelegt ist: das Bündnis der Arbeitnehmer mit der Jugend und dem geistigen Deutschland. Es sind keine guten Ratgeber, die dies auseinanderdividieren möchten. (-/9.7.1982/ks/ca)

+ + +



Gegen Eingriff in die Rechtsstaats-Substanz

Die Waffengleichheit vor dem Strafrichter bleibt bestehen

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Bundesminister der Justiz

Vor dem Deutschen Bundestag habe ich in der Regierungserklärung zur Rechtspolitik der Bundesregierung am 19. März 1981 versichert: "Bei allem Bemühen um die Entlastung der Gerichte wird die Bundesregierung nicht der Versuchung nachgeben, den Rechtsschutz in lebenswichtigen Rechtsangelegenheiten zu verringern." Wo sollte diese Versicherung mehr gelten als im Strafprozeß? Deshalb begrüße ich es, wenn insbesondere die Strafverteidiger sich frühzeitig kritisch mit der von Fachbeamten aus Bund und Ländern zunächst ohne Bewertung aufgestellten Liste aller Vereinfachungsvorschläge für den Strafprozeß auseinandergesetzt haben. Gerade um solche kritische Auseinandersetzung zu ermöglichen, wurde die Sammlung dieser Vorschläge, schon ehe sie von den Justizverwaltungen bewertet wurde, Praxis und Verbänden zur ersten Stellungnahme zugesandt.

Ich lehne es entschieden ab, Vorschläge zur Vereinfachung und Beschleunigung des Strafverfahrens zu übernehmen, die in die rechtsstaatliche Substanz des gerichtlichen Verfahrens eingreifen. Um es klar zu sagen: Vorschläge, die darauf abzielen, im Strafprozeß das Recht der Verteidiger zur Begründung von Anträgen zu beschränken oder ihnen vor dem Amtsrichter das Recht zu nehmen, Beweisanträge zu stellen, haben keine Chance auf Verwirklichung. Dies gilt auch für andere Vorschläge, die den rechtsstaatlichen Grundsatz der "Waffengleichheit" vor dem Strafrichter in Gefahr brächten. In dieser Einschätzung weiß ich mich grundsätzlich auch mit den Landesjustizministern einig.

Mit Ihnen bin ich darüber hinaus der Auffassung, daß es möglich ist, auch Strafprozesse ohne Schaden für Gerechtigkeit und "fair trial" zügiger als bisher abzuwickeln. Die zunehmende Belastung der Gerichte wird man kaum mehr mit weiterer personeller und sachlicher Aufstockung beantworten können. Es kann auch für die Justiz kein "Wachstum ohne Grenzen" gehen.

Nachdem viele der Punkte aus der Vorschlagsliste bereits verschwunden sind, kann in Ruhe geprüft werden, welche der restlichen Vorschläge sich als Grundlage für die Aufnahme in ein Änderungsgesetz eignen. Darüber werde ich mit meinen Kollegen aus den Bundesländern Ende September bei der jährlichen Justizministerkonferenz noch sprechen. Wie bei jedem Gesetzentwurf werden dann die Fachverbände, vor allem die der Richter und Anwälte, wiederum beteiligt und ihre Stellungnahmen in die weitere Arbeit einbezogen werden. Das Ergebnis, das ich heute noch nicht vorwegnehmen kann, wird den Maßstäben genügen, die ich zu Beginn der Legislaturperiode vor dem Parlament für die Bundesregierung hervorgehoben habe.

(-/7.1982/ks/rs)

+ + +



Gegen Diskriminierung

Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituation von US-Soldaten

Von Horst Haase MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Host nation support" der SPD-Bundestagsfraktion

In den amerikanischen Zeitungen sind in den letzten Tagen wiederholt kritische Berichte über die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die US-Soldaten in der Bundesrepublik leben, erschienen.

Insbesondere wurde dabei auch der Hinauswurf von farbigen US-Soldaten aus mehreren Lokalen und Bars in Aschaffenburg berichtet.

Es darf jedoch nicht der falsche Eindruck in der amerikanischen Öffentlichkeit entstehen, daß offizielle deutsche Stellen des Bundes, der Länder und Kommunen oder etwa breite Schichten unseres Volkes Ursache für verschiedentliche Schwierigkeiten und einzelne Mißstände sind, denen US-Soldaten in der Bundesrepublik begegnen.

Am Mittwoch, 7. Juli 1982, hat deshalb der Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg, Dr. Reiland, zusammen mit mir, dem Kommandanten der amerikanischen Streitkräfte in Aschaffenburg, zwei farbigen US-Soldaten und einer Reihe von Journalisten die gleichen Restaurants und Bars besucht, in denen sich vor einigen Tagen diese zu verurteilenden Vorfälle ereignet hatten.

Es sollte und wurde damit demonstriert, daß solche Vorfälle nicht hingenommen werden.

Die Besuche selbst verliefen ohne Schwierigkeiten, die Gäste in den Lokalen haben keine antiamerikanischen oder rassistischen Haltungen gezeigt. Im Gegenteil, in Gesprächen konnte ich feststellen, daß insbesondere viele junge Gäste der Lokale es nur natürlich finden, daß auch Amerikaner, auch Menschen anderer Hautfarbe die gleichen Lokale wie sie besuchen.

Die Arbeitsgruppe "Host nation support" hat sich nach einem bereits vor cirka einem Jahr durchgeführten Besuch beim US-Hauptquartier in Heidelberg mit den Fragen beschäftigt, das Leben der amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik, soweit es in der deutschen Möglichkeit liegt, zu erleichtern. Deshalb wurden von der Arbeitsgruppe folgende Initiativen ergriffen:



1. Gespräche über Beschaffung von Wohnraum zu gleichen Konditionen, wie deutsche Bürger diese erhalten, mit dem Verband der Hausbesitzer und eine Initiative beim Bundesbauministerium.

Das Ergebnis: In der Stadt Fürth ist zwischen dem Hausbesitzerverein und dem amerikanischen Wohnungsamt ein Modellversuch gestartet worden, um sowohl Übervorteilung amerikanischer Soldaten auszuschließen wie auch sicherzustellen, daß die deutschen Vermieter beim Wegzug der Amerikaner die gegebenenfalls vorhandenen Mietrückstände bezahlt bekommen.

Die Bundesvermögensverwaltung hat bis zum 1. Januar 1982 aufgrund spezifizierter Anforderungen der Amerikaner 8.200 Wohnungen beschafft. Es besteht kaum ein Zweifel, daß weitere 3.600 in der nächsten Zeit beschafft werden können.

2. Im Bereich der Verbilligung von Freizeiteinrichtungen hat die Arbeitsgruppe mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber gesprochen, daß es zu einer Empfehlung dieser Verbände an ihre Gemeinden und Städte kommt, amerikanischen Soldaten die gleichen Konditionen beim Besuch von Bädern, Sportstätten, kulturellen Einrichtungen einzuräumen wie deutschen Soldaten. Dies ist auch in den allermeisten Fällen schon so.

3. Im Bereich der Diskriminierung beim Besuch von Gaststätten wurde mit dem Spitzenverband des Gaststättengewerbes, Dehoga, gesprochen. Es wurde eine Liste von Lokalen übergeben, die immer noch das "Off limits" - Schild vor der Tür haben.

Es ist inzwischen festgestellt worden, daß ein Teil der Diskriminierung durch entsprechendes Einrücken des Gaststättengerichtes, wie auch der Gemeinden beseitigt werden konnte.

Sollten die gemeinsamen Bemühungen, die Diskriminierung in Einzelfällen zu verhindern, auf diesem Wege nicht erfolgreich sein, so werden wir uns dafür einsetzen, daß Regelungen gefunden werden, den betroffenen Restaurant- und Barbesitzern die Gaststättenkonzession zu entziehen.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird weiterhin mit großer Aufmerksamkeit alle Fragen verfolgen, die sich aus der Gastlandfunktion der Bundesrepublik gegenüber unserem amerikanischen Verbündeten ergeben, und mithelfen, den Aufenthalt der amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik zu einer Werbung für die Bundesrepublik in Amerika zu machen.

(-/9.7.1982/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende, Herbert Wehner, hat in einem Brief an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion auf die Konzeptionslosigkeit und Zerstrittenheit der Unionsparteien in wichtigen Sachfragen hingewiesen. Wir dokumentieren eine gekürzte Fassung.

Wehner: Offensiv gegen die Sonthofen-Strategie vorgehen

Liebe Freunde,

in Ergänzung zu meinem Schreiben vom 6. Juli 1982 übersende ich Euch zu Eurer Information noch eine Handreichung, die sich mit aktuellen Äußerungen von Oppositionspolitikern zu den Koalitionsbeschlüssen für den Haushalt 1983 auseinandersetzt.

Wie Ihr an Hand der Zitate und der darin zahlreich enthaltenen Widersprüche sehr schnell feststellen könnt, bietet die Union in wichtigen Sachfragen nach wie vor ein Bild der Konzeptlosigkeit und der inneren Zerstrittenheit...

Erste Reaktionen der Opposition auf die Eckdaten des Haushalts machen deutlich, daß die Mehrheit der CDU/CSU mit Oppositionsführer Kohl an der Spitze bisher kaum gewillt ist, sich auf eine sachbezogene Debatte einzulassen, sondern daß sie ihre zerstörerische Verweigerungsstrategie um jeden Preis konsequent fortzusetzen gedenkt.

Ohne sich auch nur andeutungsweise auf die Sachpunkte der vorgelegten Eckdaten des Haushalts 1983 einzulassen, lehnt Kohl den von der sozial-liberalen Koalition erarbeiteten Kompromiß in Bausch und Bogen ab. In Ermangelung brauchbarer Argumente operiert er dabei - wie auch Generalsekretär Geißler und andere - mit Halbwahrheiten und Auslassungen.

Kohl: "Auf sie alle (Anm.: die Bürger), vor allem aber auf die Familien und Rentner, kommen neue Belastungen zu ..." (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 1. Juli 1982)

"Betroffen sind wieder einmal die Familien, die Arbeitnehmer und sozial Schwache." (Bild am Sonntag, 4. Juli 1982)

Geißler stößt in dasselbe Horn:

"Diese Entscheidung ist ungerecht, denn der Haushalt 1983 und die vorgenommenen Entscheidungen werden fast ausschließlich von den Arbeitnehmern, von den Rentnern und noch einmal von den Arbeitslosen getragen." (Deutschlandfunk, 1. Juli 1982)

Wider besseres Wissen und in bei ihm gewohnt schludrigem Umgang mit Fakten setzte Geißler dem einen Tag später noch einen drauf:

"Und andere, die in die Kategorie der höheren Einkommen einzuordnen sind, sind an dieser ganzen Sparaktion so gut wie nicht beteiligt worden." (Hessischer Rundfunk, 2. Juli 1982)

Diese Aussagen sind falsch und dienen lediglich der bewußten Irreführung der öffentlichen Meinung. Die Belastungen, die durch den Haushalt 1983 entstehen werden, sind keineswegs so einseitig gestreut, wie dies Kohl und Geißler Glauben machen wollen. Sowohl von ihnen, wie auch von den meisten anderen CDU/CSU-Politikern, werden unterschlagen

- o die Begrenzung des Ehegattensplitting-Vorteils auf 10.000 Mark, wodurch rund 150.000 verheiratete Alleinverdiener mit hohem Einkommen jährlich mit bis zu 4.838 Mark mehr Steuern belastet werden,
- o die Kürzung der Finanzhilfen und Subventionen um eine Milliarde Mark,
- o der Abbau einer ganzen Reihe von Steuervergünstigungen, die weder den normalen Arbeitnehmer, noch die Familien oder die Rentner belastet und gerade im Hinblick auf die von diesen Personengruppen bereits erbrachten Leistungen zu einer größeren Steuer-gerechtigkeit führen soll.

Im Verdrehen von Tatsachen erweist sich insbesondere Herr Geißler als Meister seines Fachs. Er unterschlägt nicht nur bewußt maßgebliche Teile der Koalitionsbeschlüsse, sondern stellt mit seiner Argumentation auch noch die Dinge auf den Kopf, wenn er die bisherige Schonung der höheren Einkommen vehement beklagt. Nicht Sozialdemokraten, sondern gerade die CDU/CSU hat sich bislang jedesmal schützend vor die Reichen und Besserverdienenden gestellt und jeden Versuch, diese Bevölkerungsgruppe durch höhere Opfer stärker in die Solidargemeinschaft einzubinden, abgeblockt. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Französisch-Deutsche...

Da es die Opposition bisher versäumt hat, eine eigene Konzeption und Sachaussagen zu entwickeln und auf den Tisch zu legen, verwickelt sie sich zwangsläufig in eklatante Widersprüche und Ungereimtheiten, die kaum auf einen Mann zu bringen sind.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth (CDU) über die Haltung der Opposition:

"Es ist völlig klar, daß wir unserer staatlichen Verantwortung gerecht werden und daß wir alle Beschlüsse, die jetzt im Rahmen der Eckdaten für den Bundeshaushalt 83 vorgelegt und angekündigt worden sind, daß wir diese sorgfältig abklopfen, daß wir dort, wo wir kritische Anmerkungen haben, die anbringen und eventuell Alternativüberlegungen anstellen, daß wir aber im Grunde eine Sparkonzeption natürlich mittragen."

Und:

"... Über dieses Konzept muß man in aller Offenheit reden und nicht reden nach dem Prinzip, alles, was ihr vorschlagt, akzeptieren wir nicht." (Süddeutscher Rundfunk, 3. Juli 1982)

Demgegenüber Herr Geißler pauschal:

"Wir können diesen Haushalt nicht mittragen." (ARD, 1. Juli 1982)

Und Herr Kohl: "Auf keinen Fall." (Bild am Sonntag, 4. Juli 1982)

Herr Späth über die Einführung des Krankenversicherungsbeitrags für Rentner:

"Die Union hat sich schon früher dazu durchgerungen, daß wir einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner im Prinzip mittragen. Ich kann nun zu den Details natürlich, bevor wir uns da abgestimmt haben, noch keine Aussagen machen. Aber auch dies ist ein Punkt, der meiner Meinung nach nicht zu einer ganz großen Kontroverse führen kann." (Süddeutscher Rundfunk, 3. Juli 1982)

Die angekündigte Abstimmung in der Union dürfte schwerfallen, denn, so der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vogt:

"Die von der Bundesregierung geplante Regelung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner ist nichts anderes als eine Sondersteuer der Rentner." (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 5. Juli 1982)

Herr Späth zu der Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen:

"Ich habe mich immer dafür ausgesprochen, daß wir diese ungeheuer wachsenden sozialen Kosten nur tragen können, wenn wieder ein jeder einen für ihn tragbaren Teil der Kosten mitträgt. Und deshalb bin ich der Meinung, dort, wo Ansätze gefunden sind einer gewissen Selbstbeteiligung an einem übersehbaren Kostenfaktor der Sozialversicherung, wie etwa solche Beiträge zu den ersten Krankheitstagen (Anm.: gemeint waren wohl die ersten Krankenhaustage) oder auch zum Kuraufenthalt, bin ich der Meinung, das kann man mittragen, das muß man mittragen im Interesse der Stabilisierung unserer öffentlichen Haushalte." (Süddeutscher Rundfunk, 3. Juli 1982)

Und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg (CDU) zum selben Thema:

"Ich habe auch auf den ersten Blick keine Bedenken dagegen, daß in der Krankenversicherung nun bestimmte Verschreibungen, die nicht direkt unmittelbar im strengeren Sinne der Gesundheit dienen, von den Versicherten selbst zu finanzieren sind... im Grundsatz würde ich hier nicht die große Auseinandersetzung eröffnen. Ich halte auch eine begrenzte Selbstbeteiligung der Patienten mit einem Tagesatz von 10 Mark bei Kuren oder mit fünf Mark im Krankenhaus für eine Woche nach unseren Grundsätzen für vertretbar und für diskutabel." (Deutschlandfunk, 4. Juli 1982)

Demgegenüber wieder Herr Vogt:

"Die von der Bundesregierung geplante Kostenbeteiligung im Gesundheitswesen weist keinen Weg aus den Problemen im Gesundheitsbereich. Sie ist einseitig, weil sie nur die Patienten trifft..." (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 5. Juli 1982)

Für indiskutabel hält auch der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Hartmann, die Vorschläge der Bundesregierung. Dafür bietet er an:

"Da werden Rezeptblattgebühren erhöht, Beiträge vorgezogen und erhöht, Absichtserklärungen abgegeben, statt zum Beispiel langfristig die Sozialversicherungsträger

von versicherungsfremden Leistungen zu entlasten. Unangetastet bleibt nach wie vor beispielsweise die Belastung der Krankenversicherung mit den Kosten für Abtreibungen in Höhe von cirka 230 Millionen DM." (CSU-Pressemitteilung vom 1. Juli 1982)

Doch damit nicht genug der Widersprüche. Herr Stoltenberg erklärt sich im Prinzip mit einer Absenkung der Rentenbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit bei durch Arbeitslosigkeit oder Ausbildung verursachten Ausfallzeiten einverstanden:

"Wir haben schon im vergangenen Herbst gesagt ..., daß es vertretbar ist, die Zahlungen der Bundesanstalt an die Rentenversicherung für Erwerbslose abzusenken ... Ich glaube also nicht, daß wir einen solchen Vorschlag jetzt massiv bekämpfen können." (Deutschlandfunk, 4. Juli 1982) ...

Der Berliner Bundessenator Blüm (CDU) wütet:

"Ich frage Sie, wieso kommt die Bundesregierung auf 70 Prozent? Woher hat die die Zahl, bei der Süddeutschen Klassenlotterie abgerufen? Das ist reine Willkür!"

Zwar vergißt Herr Blüm nicht, eilfertig hinzuzufügen:

"Die CDU weiß, daß auch in der Rentenversicherung, auch in der Arbeitslosenversicherung Opfer gebracht werden müssen" (Deutschlandfunk, 3. Juli 1982).

Welche Opfer das dann allerdings sein sollen, erfährt man bei Herrn Blüm nicht.

Zerstrittenheit herrscht in der CDU/CSU aber auch über den Abbau von Steuervergünstigungen und hierbei insbesondere des Ehegattensplittings. Dazu Herr Späth:

"Man muß da, glaube ich, sagen, sicher müssen alle Gruppen Opfer bringen. Und deshalb können wir auch dort, wo es um steuerliche Maßnahmen geht, also der Verkürzung von steuerlichen Vorteilen, können wir nicht generell nein sagen. Wir müssen das einmal in Ruhe überprüfen ..." (Süddeutscher Rundfunk, 3. Juli 1982)

Für den finanzpolitischen Sprecher der Union, Häfele, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Zeitel und den CSU-Abgeordneten Kreile steht hingegen die Ablehnung schon vor der Überprüfung fest.

Häfele: "Die Beschneidung des Ehegattensplittings ist ein gefährlicher Einstieg in eine höhere Besteuerung der Familien. Damit hat sich die FDP wieder einmal dem ideologischen Diktat der SPD gebeugt." (CDU/CSU-Pressemitteilung vom 1. Juli 1982)

Herr Zeitel macht noch deutlicher, was er von einer gerechteren Lastenverteilung hält:

"Anstelle der bislang geforderten Ergänzungsabgabe für Besserverdienende tritt nun die Demontage des Ehegattensplittings, die Abgabenerhöhung bei der Arbeitslosenversicherung und zur Befriedigung von Neidkomplexen eine Neuregelung des privaten Nutzungsanteils von Dienstfahrzeugen." (Pressemitteilung der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU vom 1. Juli 1982)

Herr Kreile schließlich hält die zusätzliche Belastung für Großverdiener durch Kürzung des Ehegattensplittings schlicht für "ganz unannehmbar" (ddp, 6. Juli 1982)

Die Zielrichtung, die die Herren Häfele, Zeitel und Kreile vorgeben, ist klar: Die Besserverdienenden sollen weiterhin von CDU/CSU geschützt werden. Daß der finanzpolitische Sprecher Häfele sich gleichzeitig vor Steuerhinterzieher stellt, indem er vor einer "schärferen Steuerfahndung" warnt (vgl. "Handelsblatt" vom 8./9. Januar 1982) paßt sich fugenlos in die Geisteshaltung maßgeblicher Unionspolitiker ein...

Feststeht: Ginge es nach dem Willen der CDU/CSU, so würden gerade Arbeitnehmer, Renter und sozial Schwächere um ein Vielfaches mehr belastet als dies durch das Konzept der sozial-liberalen Koalition geschieht. Erinnerung sei hier nur an die Standardforderungen der CDU nach Einführung von Karenztagen, Kürzung des Arbeitslosengeldes, Streichung des Schüler-BAföG oder die generell geforderten Mietpreissprünge im gesamten Wohnungswesen.

Die Scharfmacher in der CDU/CSU werden dabei versuchen, nach der schon bisher praktizierten Doppelstrategie zu verfahren:

Massive Eingriffe in die Sozialgesetze zu fordern, jede Sparmaßnahme der Regierung anschließend als unsozial zu beklagen, im Vermittlungsausschuß mit der CDU/CSU-Mehrheit der sozial-liberalen Koalition weitere Zugeständnisse abzupressen, um das Vermittlungsergebnis anschließend in der Öffentlichkeit wehklagend der Regierung anzulasten.

(-19.7.1982/ks/ca)

